



STANDPUNKT

Kleine Kinder in der Stadt - was benötigen sie?

focus 5/21
September



Sonja Perren

Prof. für Entwicklung & Bildung in der frühen Kindheit, Uni Konstanz und Pädagogische Hochschule Thurgau.
www.fruehekindheit.ch

In der frühen Kindheit wird das Fundament für kognitive, soziale, emotionale und motorische Fertigkeiten gelegt und bedeutsame Weichen für das spätere Leben gestellt. Was brauchen Kinder von 0-4 Jahren, damit sie gut aufwachsen können? Grundsätzlich brauchen sie, damit sie sich gut entwickeln und ihr Potenzial entfalten, verlässliche und liebevolle Bezugspersonen sowie eine vielfältige und sichere Lernumgebung, in der sie die Welt entdecken können. Um ein gutes Entwicklungsumfeld zu schaffen, müssen somit die erwachsenen Bezugspersonen als auch die Kinder selber im Blick sein. Familien brauchen Orte, die Bewegung, Spiele und den sozialen Austausch zwischen Kindern und zwischen Erwachsenen ermöglichen.

Dazu gehören niederschwellige Angebote wie naturnahe Spielplätze sowie weitere Grün- und Begegnungsflächen, Angebote wie Spielgruppen sind ebenfalls sehr bedeutsam. Im Idealfall bietet sich für eine Stadt die Einrichtung von einem Familienzentrum an, welches vielfältige Beratungs-, Betreuungs- und Freizeitangebote vereint. Dies erleichtert nicht nur die Zugänglichkeit für alle, sondern auch die Koordination, Vernetzung und Qualitätssicherung der Angebote.

Nicht alle Familien können für die Kinder optimale Entwicklungsbedingungen ge-

währleisten. In diesem Fall braucht es zusätzliche Angebote der frühen Förderung, welche Eltern in ihren Erziehungs- und Betreuungsaufgaben unterstützen, z.B. Hausbesuchsprogramme wie «Zeppelin» oder «schritt:weise». Aber auch Kindertagesstätten, welche nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Berufe ermöglichen, sondern auch für Kinder eine erweiterte Lernumgebung sind, können Familien zusätzliche Unterstützung bieten.

Aufgrund von Herausforderungen bezüglich der politischen und gesellschaftlichen Zuständigkeit ist es in der Praxis oft schwierig, Angebote der frühen Förderung nachhaltig umzusetzen. Auf der Gemeinde- bzw. Städteebene lässt sich aber einiges bewirken. Das Arbeitspapier der UNESCO zu einer Politik der frühen Kindheit hat dann auch verschiedene Handlungsfelder aufgelistet: Bereitstellung von bedarfsgerechten Angeboten für alle, Koordination und Vernetzung von Angeboten, Sicherung und Verbesserung der Qualität der Angebote und Stärkung der Finanzierung.

Kleinen Kindern ein optimales Entwicklungsumfeld zu bieten ist nicht nur eine Aufgabe für die einzelne Familien, sondern für die Gesellschaft. Aber auch die Städte haben etwas von ihrem Investment, denn eine kinderfreundliche Stadt ist auch eine lebenswerte Stadt!

Sonja Perren

Liebe Leserin, lieber Leser

Die «Politik der frühen Kindheit» ist eines der Themen der Stunde im nationalen Parlament. Der Bundesrat hat zu Beginn des Jahres einen Bericht vorgelegt, diverse Vorstösse werden in Kommissionen und den Räten behandelt. Der Städteverband gibt sich in diesem Thema aktiv ein: Denn Städte sind Pioniere in der Politik der frühen Kindheit, die viel mehr umfasst als «nur» ein angemessenes Angebot an zahlbaren Kitas.

Wie die Situation in Wädenswil ist, erfahren Sie im Interview mit Philipp Kutter. Er ist nicht nur Stadtpräsident, sondern setzt sich auch als Nationalrat und Co-Präsident von Alliance Enfance für den Nachwuchs ein. Er nennt vier Bereiche, in denen der Bund eine aktivere Rolle einnehmen soll. Sonja Perren, Professorin mit Spezialgebiet frühe Kindheit an der Uni Konstanz, erläutert die grosse Bedeutung von guten Rahmenbedingungen für die Jüngsten.

Die aktuelle Ausgabe des «focus» ist eine redimensionierte: Er wird ab sofort in gekürzter Form mit dem Charakter eines Online-Magazins publiziert. Sie verpassen jedoch nichts: Als Abonnentin und Abonnent werden Sie neu den «SSV-Newsletter» erhalten. Dort erhalten Sie die gesamte Aktualität, wie Sie sie vom «focus» kennen – und gar noch mehr.

Wir wünschen Ihnen gute Lektüre!

INTERVIEW

«Einige Städte haben noch aufzuholen»



Philipp Kutter
Stadtpräsident von Wädenswil

Philipp Kutter (46) ist seit 2010 Stadtpräsident von Wädenswil ZH und seit 2018 Nationalrat. Er ist Mitglied der «Mitte», Vorstandsmitglied beim Schweizerischen Städteverband und Co-Präsident von «Alliance Enfance».

Philipp Kutter hat an der Uni Zürich Geschichte, Publizistik und Politologie studiert. Er arbeitete während vielen Jahren als Journalist. Er führt gemeinsam mit seiner Frau ein Kommunikationsbüro.

Die Politik der frühen Kindheit umfasst neben der familienergänzenden Kinderbetreuung eine breite Palette von Angeboten. Wo steht Wädenswil in Bezug auf den Frühbereich?

Wädenswil verfügt über ein breites Angebot für die frühe Kindheit. Ein Teil der Angebote ist privat, ein Teil staatlich. Es gibt eine schöne Anzahl an Kitas, Spielgruppen, eine Tagesfamilien- und eine Babysitter-Vermittlung. Familien können ausserdem von verschiedenen Begegnungs- und Beratungsangeboten profitieren. Seit drei Jahren gibt es inzwischen ein «Netzwerktreffen frühe Kindheit». Insgesamt liegen wir mit unserem Angebot im vorderen Mittelfeld, schätze ich. Natürlich gibt es noch zu tun. So brauchen wir zum Beispiel noch mehr Angebote, die sich an Kinder richten, die nicht gut Deutsch können.

Welches sind die Herausforderungen im Bereich der frühen Kindheit für eine Kleinstadt wie Wädenswil?

Eine Herausforderung liegt darin, dass wir nicht alle Familien erreichen. Speziell solche mit hohem Unterstützungsbedarf sind schwierig zu «packen», oft aufgrund kultureller Hürden. Alleinerziehende wiederum haben oft weder die Zeit noch das Geld, um von solchen Angeboten zu profitieren. Um diese besser zu erreichen, haben wir vor drei Jahren ein wegweisendes, aufsuchendes Pilotprojekt mit der AOZ eingeführt. Es richtet sich ge-

zielt an benachteiligte Familien. Und seit rund zwei Jahren gibt es eine aufsuchende Sozialarbeit in den Quartieren. Sie richtet sich nicht nur an junge Familien, aber natürlich auch. Eine Herausforderung sind zudem die hohen Kita-Tarife und die fixen Öffnungszeiten der Betreuungsangebote, die oft nicht zu den Anforderungen des Arbeitsmarkts passen.

Welches sind generell die Herausforderungen im Frühbereich?

Das hängt von der Ausgangslage ab. Einige Städte haben beim Angebot an familienergänzender Kinderbetreuung noch aufzuholen. Parallel dazu, oder wo das Angebot schon dem Bedarf entspricht, rückt die Steigerung der Qualität in den Vordergrund. Das betrifft Kitas, aber auch andere Angebote. Wichtige Hebel sind hier die Aus- und Weiterbildung der Fachpersonen und die Vernetzung unter den Angeboten. Die grosse Herausforderung ist, dass kein Kind durch die Maschen fällt. Die andere grosse Baustelle sind die Elterntarife für die familienergänzende Kinderbetreuung. Wenn wir einen chancengleichen Zugang wollen, müssen wir sie deutlich senken.

Sie sind auch Nationalrat und Co-Präsident von Alliance Enfance. Wie sieht eine gute Politik der frühen Kindheit in der Schweiz aus?

Sie braucht substanzielle Investitionen. Der gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Nutzen ist bekannt und belegt. Die eingesetz-

ten Mittel im Frühbereich sind also nicht einfach Kosten, sondern fliessen in irgendeiner Form wieder an die Gesellschaft zurück. Zu definieren ist nun möglichst konkret, welche föderale Ebene wofür zuständig ist und wie die Mittel fliessen sollen. Ziel muss sein, die Chancengerechtigkeit zu erhöhen und die Qualität der Angebote zu verbessern. Gleichzeitig wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Gleichstellung der Geschlechter verbessert und die Wirtschaft erhält zusätzliche Fachkräfte, die in vielen Branchen fehlen.

«Es braucht die Unterstützung des Bundes»

Welche Rolle soll der Bund in der Politik der frühen Kindheit spielen?

Die Rolle des Bundes ist heute subsidiär. Das kann und soll so bleiben, denn Gemeinden und Kantone kennen den Bedarf und können massgeschneiderte Angebote im Frühbereich schaffen. Es braucht aber die Unterstützung des Bundes. Ich sehe hier vier Bereiche: Der Bund kann Kantonen und Gemeinden helfen, ein vielfältiges und dichtes Angebot in der frühen Kindheit zu schaffen. Er sollte auch die Qualitätsentwicklung vorantreiben. Um allen Kindern einen chancengerechten Zugang zu ermöglichen, sollte er zur Senkung der Elterntarife beitragen. Schliesslich kann er den Transfer von Wissen zwischen Forschung und Praxis sowie die Politikentwicklung auf Basis von aussagekräftigen Daten erleichtern.

THEMA

Städte fordern im Frühbereich mehr Engagement von Bund und Kantonen

Rund drei Viertel aller Kinder von null bis vier Jahren in der Schweiz wachsen in einem städtischen Umfeld auf. Die Städte schaffen im Bereich der frühen Kindheit ein bedarfsgerechtes Angebot und antworten auf aktuelle Herausforderungen. Dafür sind sie auf Unterstützung durch die übergeordneten Staatsebenen angewiesen.



Franziska Ehrler

Leiterin Sozial- und Gesellschaftspolitik beim Schweizerischen Städteverband

Der Bundesrat hat im Februar einen umfassenden Bericht zur Politik der frühen Kindheit vorgelegt, und die parlamentarische Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur befasst sich aktuell mit der Umwandlung der Anstossfinanzierung des Bundes in der familienergänzenden Kinderbetreuung in eine zeitgemässe Lösung. Auch die Kantone sind aktiv: Gemeinsam haben die SODK und die EDK ein Projekt initiiert zur Weiterentwicklung der familienergänzenden Betreuung in den Kantonen.

Diese Entwicklungen sind für die Städte bedeutsam, da ihnen im Bereich der frühen Kindheit ein grosser Teil der Verantwortung obliegt und sie oftmals eine Pionierrolle inne haben. Die Anliegen der Städte an die Politik von Bund und Kantonen ergeben sich dabei aus dem konkreten Nutzen und den städtischen Handlungsfeldern im Frühbereich.

Eine aktive Politik der frühen Kindheit nützt allen

Qualitativ hochwertige Bildungs- und Betreuungsangebote nützen nicht nur Kindern und ihren Eltern. Für Städte, Gemeinden und Kantone sind sie wirkungsvolle Massnahmen der Armuts-, Gesundheits- und Gewaltprävention sowie der Integrationsförderung.

«Hochwertige Angebote sind auch Armuts-, Gesundheits- und Gewaltprävention.»

Ein gutes Angebot im Frühbereich fördert die Erwerbsbeteiligung beider Eltern, höhe-

re Bildungsabschlüsse der Kinder und die Standortattraktivität. Diese Faktoren wirken sich positiv auf die Steuereinnahmen der öffentlichen Hand und die Produktivität in der Wirtschaft aus.

Städte entwickeln Angebote, koordinieren und finanzieren

Die Politik der frühen Kindheit wird in der öffentlichen Wahrnehmung oftmals mit der familienergänzenden Kinderbetreuung gleichgesetzt. Sie umfasst jedoch eine breite Palette von Angeboten der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung, wie beispielsweise Mütter- und Väterberatung, Hausbesuchsprogramme, Elternbriefe oder auch frühe Sprachförderung. In den meisten Kantonen sind die Städte und Gemeinden für die Bereitstellung und Finanzierung der Angebote im Bereich der frühen Kindheit zuständig.

Gerade in den grösseren Städten bestehen heute gut ausgebaute Strukturen. Die Städte entwickeln Angebote, bieten diese flächendeckend an und informieren die Familien. Sie koordinieren ressortübergreifend, organisieren Vernetzungstreffen und bieten Weiterbildungen an. Zudem bauen sie Hürden ab, um den Zugang auch für sozial benachteiligte Familien zu garantieren. Die grösseren Städte investieren aktuell jährlich zusammen mehrere hundert Millionen Franken in die Politik der frühen Kindheit.

Forderungen der Städte gegenüber Bund und Kantonen

Damit die Städte auch in Zukunft eine erfolgreiche Politik der frühen Kindheit gewährleisten und weiterentwickeln können, braucht es Massnahmen auf nationaler und kantonaler Ebene. Der Städteverband setzt sich dafür ein, dass die Zuständigkeiten im Bereich der frühen Kindheit zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden klar festgehalten

werden, wobei eine aktive Rolle des Bundes gewünscht ist.

«Es braucht Massnahmen auf nationaler und kantonaler Ebene.»

Denn für die Weiterentwicklung der Politik der frühen Kindheit sind finanzielle Mittel notwendig und dazu sollen alle Staatsebenen einen Beitrag leisten. Insbesondere im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung braucht es gemeinsame Finanzierungsmodelle, damit die Elternbeiträge gesenkt und so die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert werden kann. Zudem wäre es aus Sicht der Städte wünschenswert, dass der Bund in der Politik der frühen Kindheit eine stärkere Koordinationsfunktion wahrnimmt und die statistischen Grundlagen verbessert.

Aus Sicht der Städte wäre es ausserdem sinnvoll, dass neben dem Bund auch die Kantone ihre Verantwortung noch stärker wahrnehmen, indem sie ein Konkordat zur Politik der frühen Kindheit etablieren. In diesem Konkordat würden die Kantone vereinbaren, wie sie ihren Verpflichtungen im Frühbereich nachkommen und zusammenarbeiten. Sie würden idealerweise das Grundangebot festlegen und sich auf Mindeststandards verständigen.

Das **Positionspapier** des Städteverbandes zur Politik der frühen Kindheit ist auf der Webseite publiziert. Es basiert auf umfassenden Vorarbeiten der Städteinitiative Bildung und der Städteinitiative Sozialpolitik, die 2019 gemeinsam die Resolution «Städte für eine Politik der frühen Kindheit» veröffentlicht haben. Aktuell setzt sich der Städteverband vor allem in Zusammenhang mit der parlamentarischen Initiative 21.403 («Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung») für die Interessen der Städte in der Politik der frühen Kindheit ein. Die Initiative sieht vor, die mittlerweile seit 18 Jahren laufende und mehrfach verlängerte Anstossfinanzierung zur Schaffung von Krippenplätzen in eine zeitgemässe Lösung umzuwandeln.

www.staedteverband.ch

Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband SSV, Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern. Telefon: 031 356 32 32, www.staedteverband.ch. «focus» abonnieren: info@staedteverband.ch
 Red.: Renate Amstutz, Franziska Ehrler, Martin Flügel, Marlene Iseli, Olivier Keller, Marc Moser, Sonja Perren
 Übersetzungen: proverb; Bildnachweise: Titelfoto Seite 1 und Porträt Seite 3: Rolf Siegenthaler; Porträts Seiten 1 und 2: zvg.